

Medienmitteilung vom 20. März 2012

Die Grünen nehmen Strategie 2030 der BKW mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis

Die Grünen haben die Strategie 2030 der BKW mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Begrüssenswert ist die Absicht, in eine intelligente Netzinfrastruktur, in Energieeffizienz und Wind- und Wasserenergie zu investieren sowie die Ablösung von CEO Kurt Rohrbach. Unverständlich ist die Nomination von Kurt Rohrbach für den Verwaltungsrat, das Ausblenden der Solarenergie sowie das Aufschieben der Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg.

Der beabsichtigte Ausbau einer intelligenten Netzinfrastruktur im Hinblick auf eine dezentrale Energieproduktion und die Entwicklung von Angeboten, um Kunden bei der Steigerung der Energieeffizienz zu unterstützen, wird von den Grünen begrüsst. Dasselbe gilt für die Absicht, vermehrt in Wasser- und Windkraft zu investieren. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz entspricht einer langjährigen Forderung der Grünen und stellt einen wichtigen Baustein für eine erneuerbare Energieversorgung dar. Unverständlich ist für die Grünen hingegen, dass die für die Schweiz besonders zukunftsfähige Solarenergie in der Strategie der BKW keinen (grösseren) Stellenwert hat. Die Grünen werden in den nächsten Tagen die Strategie 2030 der BKW vertieft prüfen und vor diesem Hintergrund entscheiden, welche politischen Interventionen nötig sind.

Die Grünen begrüssen den in Aussicht gestellten Wechsel an der Konzernspitze der BKW. Die Ablösung von CEO Kurt Rohrbach, der wie kein anderer für eine atomstromfixierte Geschäftspolitik steht, entspricht einem seit langem vorgebrachten Anliegen der Grünen. Unverständlich ist, dass ausgerechnet das Atomstrom-Urgestein Rohrbach im Verwaltungsrat den Change-Prozess zu einer auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Versorgungspolitik vorantreiben soll. Dessen Wahl in den Verwaltungsrat ist für die Grünen nicht akzeptabel und würde die begrüssenswerte Ergänzung des Verwaltungsrates mit Kurt Schär aufheben. Unverständlich ist auch, dass die BKW noch im September 2011 die Forderung der Grünen nach einer Ergänzung des Verwaltungsrates mit Expertinnen und Experten für erneuerbare Energien mit dem Argument der Grösse des Verwaltungsrates abgelehnt hatten – und dieses Gremium nun ausgerechnet mit einem weiteren Atomstrom-Vertreter vergrössern wollen. Die Grünen erwarten, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär seinen Einfluss wahrnimmt und die Neuausrichtung der BKW nicht mit einer falschen VR-Wahl untergräbt.

Bezüglich dem AKW Mühleberg hat die BKW bedauerlicherweise eine weitere Chance verpasst, ein Szenario für die rasche Ausserbetriebnahme des Uralt-Reaktors vorzulegen. Der in Aussicht gestellte späteste Abschaltzeitpunkt im Jahr 2022 ist viel zu spät. Die Atomausstiegs-Initiative der Grünen fordert, dass Mühleberg spätestens nach 45 Betriebsjahren abgeschaltet wird. Und nach dem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts ist sowieso klar, dass Mühleberg aus Sicherheitsgründen spätestens im Sommer 2013 vom Netz genommen werden muss. Die BKW sind gut beraten, endlich

eine aktive Rolle einzunehmen und aus Eigenantrieb ein verbindliches, rasches Szenario für die Ausserbetriebnahme vorzulegen – und en passant endlich das Rahmenbewilligungsgesuch für einen AKW-Neubau zurückzuziehen. Nur damit kann die BKW das Vertrauen von Politik und Märkten zurückgewinnen.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, Tel. 079 263 47 68

Daphné Rüfenacht, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern, Grossrätin, Tel. 076 510 86 99